

## Zum Begriff der kulturellen Integration

### I Vorbemerkung

Daß die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Angehörigen eine Chance zur Integration in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland erhalten und ihnen entsprechende Hilfestellungen gewährt werden müssen, ist der Grundgedanke aller Vorschläge, Konzeptionen und Maßnahmen, die auf die Lösung der Probleme dieser Bevölkerungsgruppe abzielen.

Die Integrationsproblematik wird dabei vorwiegend als eine strukturelle und soziale Problemstellung aufgefaßt. Die entsprechenden Vorschläge und Maßnahmen konzentrieren sich daher vor allem auf sozialpolitische Forderungen bzw. auf deren Realisierung in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft.

Zweifellos kommt der strukturellen und sozialen Integration der ausländischen Familien höchste Bedeutung zu. Allerdings wird dabei zunehmend deutlich, daß die Integrationsbemühungen sich nicht allein auf diese Bereiche beschränken können, sondern auch die kulturelle Integration umfassen müssen, soll der Integrationsprozeß insgesamt erfolgreich verlaufen.

Auch dieses Problem ist als Aufgabe erkannt. Doch sind – im Unterschied zu anderen Fragestellungen – hierzu kaum konkrete Konzeptionen zu verzeichnen, die zur Lösung dieser Problematik geeignet wären.

Der wichtigste Grund für diese Situation dürfte darin liegen, daß die Frage der kulturellen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien besonders komplex ist und differenzierte qualitative Lösungen erfordert. Auch herrscht keineswegs Einigkeit darüber, was kulturelle Integration eigentlich ausmachen und umfassen sollte.

Ist diese Fragestellung beispielsweise im »Kühn-Memorandum« (1979) überhaupt nicht angeschnitten, so wird in den »Vorschlägen des Koordinierungskreises *Ausländische Arbeitnehmer* beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung« (1979) immerhin gefordert, daß bei der Integration »auch der Bezug zum Herkunftsland in Sprache und Kultur gepflegt und aufrechterhalten« und »die jungen Ausländer (nicht) in eine Assimilation gedrängt (werden sollten)«; in die konkreten Vorschläge des Koordinierungskreises gehen diese Forderungen jedoch nicht ein. Andererseits ist auch unter den Ausländern selbst die Frage ihrer kulturellen Integration sehr umstritten.

Festzustehen scheint jedoch,

- ▷ daß die strukturelle und soziale Integration die kulturelle Integration nicht ersetzen kann;
- ▷ daß mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Frage, inwieweit und in welcher Weise eine kulturelle Integration stattfindet, bedeutsam wird für den Integrationsprozeß überhaupt;
- ▷ daß sowohl im Hinblick auf jene »Gastarbeiter«, die sich entschlossen haben, auf Dauer in der Bundesrepublik zu bleiben – nach jüngsten Erhebungen rund 40 Prozent –, als auch im Hinblick auf die Angehörigen der zweiten Ausländergeneration die kulturelle Integration zu einem entscheidenden Kriterium für ihre sozialen Chancen in der deutschen Gesellschaft werden wird;
- ▷ daß die Marginalisierung der kulturellen Konflikte, in denen die ausländischen Familien stehen, zu tiefgreifenden, zusätzlichen Konflikten innerhalb der ausländischen Bevölkerung führen wird und zu Konflikten auch zwischen ihr und den Einheimischen;
- ▷ schließlich, daß die bisherigen Bemühungen in diesem Bereich – wenn überhaupt zu verzeichnen – in keiner Weise der Bedeutung und Dimension dieses Problems gerecht werden.

So bedarf es wohl keiner weiteren Begründung, daß die allfälligen Kulturveranstaltungen, wie sie von den Wohlfahrtsverbänden (»Türkischer Abend«), den Kommunen (»Mittelmeerzauber«, »Ausländische Wochen«), dem Handel (»Italien bei uns zu Gast«) oder freien Trägern (»Tag des ausländischen Mitbürgers«) bzw. Einrichtungen des Bundes (»Internationale Kulturbeziehungen – Brücke über Grenzen«) ausgerichtet werden, kaum zur Lösung dieser Problematik beitragen, sondern – wenn sie nicht gänzlich an ihr vorbeigehen – eher bestehende Vorurteile verfestigen; Kulturangebote, die auf die Integration der »Gastarbeiter« und ihrer Familien oder auch nur die Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse abzielen, haben bislang nur allzu deutlich den Charakter von herablassend gewährten Almosen: wo sie nicht gänzlich abgelehnt werden, stoßen sie zumeist nur auf das Interesse der Ausländer, die – mangels besserer Alternativen – nehmen müssen, was geboten wird. Eine integrative Wirkung haben solche Veranstaltungen, auch wenn Deutsche sie besuchen, meistens nicht, weil dabei die Ausländer in der Regel in eine Rolle gedrängt werden, die der deutschen Erwartungshaltung, nicht aber ihren Bedürfnissen entspricht; nur als farbenfrohe-exotische Attraktion willkommene Auflockerung für öde deutsche Festveranstaltungen, werden sie so wiederum in die Außenseiterposition gedrängt, in der man sie sieht, und abgelehnt, sobald sie ihre Erfahrungen mit der bundesdeutschen Wirklichkeit reflektieren und zum Ausdruck bringen.

Hingegen dürfte es eine unbestrittene Tatsache sein, daß das Maß der

kulturellen Integration der ausländischen Familien eines der wichtigsten Paradigmen ist, an denen ihr Status in der deutschen Gesellschaft gemessen wird. Nicht weniger gewiß ist, daß sich an der Einstellung gegenüber den »Gastarbeitern« nichts Wesentliches ändern wird, solange ihre kulturelle Situation vor allem unter dem Aspekt der Auffälligkeit oder des Abweichens von der Norm wahrgenommen und kein ernsthafter Versuch unternommen wird, in eine Auseinandersetzung oder einen Dialog zu treten mit dem Ziel, gemeinsam eine für alle Gruppen akzeptable kulturelle Situation zu schaffen.

## *II Zur kulturellen Konfliktsituation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien*

Die kulturelle Konfliktsituation, in der sich die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Angehörigen befinden, ist von vielfältigen Bedingungen geprägt. Je nach Herkunft der betreffenden Personen, nach ihrem Alter, dem Ort ihrer Sozialisation, ihrer Qualifikation, ihrem Familienstand und der Länge ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland fällt sie unterschiedlich aus: nur im Einzelfall kann sie genau bestimmt werden.

Dennoch lassen sich einige grundsätzliche Faktoren beschreiben, die – mehr oder weniger – auf alle Fälle zutreffen dürften. Vier dieser Faktoren seien hier skizziert:

### *I. Gastarbeiter oder Einwanderer? – Auswirkungen des unsicheren Status der ausländischen Arbeitnehmer auf ihre kulturelle Integration*

Ein wesentlicher Faktor für die kulturelle Konfliktsituation, in der sich die Ausländer heute befinden, ist ihr Status als »Gastarbeiter«, also als Arbeiter auf Zeit, als »Gast«, dem etwas gewährt wird und der nicht fordern kann; als Mensch mit nur geringem Rechtsanspruch, den Aufenthalt im »Gastland« nach Belieben zu verlängern oder gar ein »vollwertiges« Mitglied in der Gesellschaft der Bundesrepublik werden zu können.

Dieser unsichere Status als »Gastarbeiter« ist die unmittelbare Folge der konzeptionslosen, nur an den Erfordernissen der Industrie und Wirtschaft ausgerichteten deutschen Arbeitsmarktpolitik der sechziger und frühen siebziger Jahre. Im Versuch, ein »Rotationsprinzip« durchzusetzen, brachte sie sich auf den Begriff.

So gilt es zunächst festzuhalten, was die »mangelnde Integrationsbereitschaft« der Ausländer lange Zeit tatsächlich war: nicht mehr als eine Schutzhaltung gegenüber der Integrationsfeindlichkeit der deutschen Gesellschaft, die sie mit dem Begriff »Gastarbeiter« ja treffend zum Ausdruck brachte.

Andererseits entsprach dem unsicheren Status als »Gastarbeiter« die Vorstellung der meisten ausländischen Arbeitnehmer, in absehbarer Zukunft ins Herkunftsland zurückzukehren: Die Bundesrepublik wurde lediglich als Arbeitsplatz betrachtet; man wollte sich hier nicht einrichten, sondern lebte aus dem Koffer und sparte für ein besseres Leben zu Hause.

In dem Maße, wie das Herkunftsland das Bezugssystem blieb, gab es daher für die Ausländer kaum einen wirklichen Anlaß zu versuchen, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, also beispielsweise den Versuch zu machen, die deutsche Sprache zu erlernen. Entsprechend wurden die Kinder weniger auf ein Leben in der Bundesrepublik als im Land ihrer Eltern vorbereitet: die familiäre Sozialisation war eindeutig von den mitgebrachten Wertvorstellungen und Ansprüchen geprägt, und wesentliche Entscheidungen, wie z. B. im Hinblick auf die Ausbildung, die Berufs- und Partnerwahl wurden mit Rücksicht auf die geplante baldige Rückkehr ins Heimatland getroffen.

Rückkehrabsicht und Orientierung auf das Herkunftsland ließen die ausländischen Arbeitnehmer auch ihre faktische Diskriminierung und ihren geringen sozialen Status in der Bundesrepublik nur bedingt erkennen bzw. in Kauf nehmen: die materielle Verbesserung – mit Bezug auf die Situation im Herkunftsland – stand im Vordergrund und wurde als Erfolg erlebt.

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer (über 25 Prozent aller Ausländer leben länger als zehn, der Rest länger als sechs Jahre in der Bundesrepublik) und begünstigt durch den »Anwerbestop« sowie die Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den Herkunftsländern, änderten sich die Ziele vor allem der ausländischen Arbeitnehmer aus der Türkei: Die Bundesrepublik wurde zunehmend nicht länger bloß als Arbeitsplatz betrachtet, sondern als eine Art zweite Heimat; und wenn die Rückkehrabsichten auch nicht gänzlich aufgegeben wurden, so verschoben viele den Zeitpunkt der Rückkehr doch auf unbestimmte Zeit; zum neuen Ziel der Mehrheit der ausländischen Arbeitnehmer wurde so: ein Leben auf Dauer in der Bundesrepublik.

Diese mehr oder weniger bewußte Entscheidung vieler Ausländer kam auch darin zum Ausdruck, daß – seit 1974 verstärkt – Familienangehörige nachgeholt und Familien gegründet wurden. Auch wuchs die Zahl von in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern stark an. Es entstand damit eine zweite Ausländergeneration, die heute rund eine Million Personen unter sechzehn Jahren umfaßt. Zu dieser Gruppe hinzuzurechnen ist eine etwa gleichgroße Zahl von in den Herkunftsländern verbliebenen Kindern und Jugendlichen, die, weil ein oder beide Elternpaare in der Bundesrepublik leben, als potentielle »Nachzugskandidaten« anzusehen sind (vgl. Kühn-Memorandum).

Dieser Entwicklung gegenüber steht die unveränderte Haltung der Bun-

desregierung bzw. anderer zuständiger Gremien, die weiterhin an der These, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, festhalten.

Ihr entspricht eine unter der einheimischen Bevölkerung weitverbreitete Tendenz, diese Bevölkerungsgruppe zu marginalisieren; d. h., die »Gastarbeiter« werden geduldet, weil sie sich für die Erhaltung des wirtschaftlichen Wohlstands als nützlich erweisen (und, so ein neueres Argument, im Hinblick auf den Ausgleich der sozialen Rentenversicherung als wichtige Beitragszahlergruppe ab etwa 1984 unentbehrlich sein werden), die Integration in die deutsche Gesellschaft, so vor allem auch in kultureller Hinsicht, bleibt ihnen jedoch verwehrt.

Damit stellen sich die Folgeprobleme der konzeptionslosen Ausländerpolitik heute nicht nur neu, sondern angesichts wachsender sozialer Spannungen ungleich schärfer als zur Zeit der Verhängung des »Anwerbestops«, der eine Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung und -problematik bewirken sollte. Zu verzeichnen sind dabei nicht nur Konflikte, die aus unzureichenden materiellen und rechtlichen Bedingungen resultieren, sondern immer deutlicher auch Probleme soziokultureller Art: Denn mit zunehmender Aufenthaltsdauer werden für die Ausländer die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik zum Bezugssystem; weit mehr als vorher vergleichen sie ihre Situation nicht nur mit der ihrer Landsleute im Heimatland, sondern mit der homologer einheimischer Bevölkerungsschichten und nehmen damit ihre faktische Diskriminierung auch als solche wahr.

Dies gilt im besonderen Maße für die in der Bundesrepublik geborenen oder aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen, deren außerfamiliäre Sozialisation mehr oder weniger ausschließlich von den Bedingungen in der Bundesrepublik bestimmt ist und die Restriktionen und Benachteiligungen daher als besonders diskriminierend und ungerecht empfinden müssen.

Die Unfähigkeit (gegeben z. B. aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse) oder die Verhinderung (gegeben z. B. aufgrund staatlicher Restriktionen), den eigenen Status verbessern zu können, kompensieren viele Ausländer durch Flucht in den Konsum oder durch Projektion enttäuschter Erwartungen auf die Kinder; auch die Überbetonung nationaler Eigenarten bis hin zur bewußten Verweigerung alles Deutschen oder die ideologisch-religiöse Radikalisierung sind als Versuche zu verstehen, die mangelnden Möglichkeiten, in der deutschen Gesellschaft einen vollen Mitgliedsstatus zu erwerben, zu kompensieren.

Andererseits verlieren die Ausländer mit zunehmender Aufenthaltsdauer ihren vollen Mitgliedschaftsstatus in ihren Heimatländern: Wo der Kontakt zum Heimatort und den dort lebenden Landsleuten auf gelegentliche – und von der materiellen Verbesserung geprägte – Besuche beschränkt war, blieb das Bild des »zu Hause« von den Umständen bestimmt, die seinerzeit der Anlaß waren, auszuwandern. Umgekehrt wer-

den die Ausländer mit zunehmendem Aufenthalt im Ausland von ihren zu Hause verbliebenen Landsleuten als Fremde betrachtet: In dem Maße, wie die »Gastarbeiter« an der (oft stürmischen) wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung in ihren Heimatländern nicht teilnehmen konnten oder können und ihre familiären Bindungen sich lockern, wächst ihre Verunsicherung auch mit Bezug auf ihre nationale und kulturelle Identität. Dies gilt in besonderem Maße für solche kulturspezifischen Eigenheiten, die sie sich trotz der anderen Bedingungen in der Bundesrepublik zu bewahren versuchten und dabei häufig idealisierten: Abgeschnitten von der Entwicklung im Heimatland, tendieren viele Ausländer dazu, ihre kulturellen Erfahrungen gewissermaßen einzufrieren, zu stilisieren und entfremden sich auch so – meistens unbemerkt – den Gesellschaften in ihren jeweiligen Herkunftsländern.

Dabei spielt nicht selten eine Rolle, daß den Gastarbeitern in der Bundesrepublik gerade aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem fremden Kulturkreis ein sozialer Aufstieg gelingen kann, der für sie im Heimatland undenkbar wäre: indem sie den Teil ihrer Kultur, der den vom Tourismus geprägten deutschen Erwartungshaltungen entspricht, an die Deutschen als Folklore, Nationalgericht oder spezifische Atmosphäre verkaufen.

Auf die Kinder ausländischer Eltern wirken sich deren Statusprobleme und geringe Integration in die deutsche Gesellschaft sowie deren zunehmende Isolation von ihrem Herkunftsland in schwerwiegenden Kulturkonflikten aus: generell stehen die Kinder in einem Widerspruch zwischen familiären und außerfamiliären Sozialisationserfahrungen; die familiäre Sozialisation ist in der Regel von den kulturspezifischen Wahrnehmungs-, Deutungs- und Verhaltensmustern der Eltern geprägt, die außerfamiliäre durch die deutschen Verhältnisse. Sind die Eltern nicht in der Lage oder hatten sie nicht die Chance, ihre Erfahrungen in der deutschen Gesellschaft zu verarbeiten, sind sie selbst also vor allem verunsichert, tendieren sie dazu, die Widersprüche, in denen sich ihre Kinder befinden, zu negieren und sie entsprechend der Regeln zu erziehen, nach denen sie selbst erzogen wurden. Doch treffen diese mitgebrachten Erziehungsziele und -methoden nicht nur auf die mitunter konträren Wertvorstellungen und Ansprüche, die sich die Kinder über ihre Sozialisation in der deutschen Gesellschaft erwerben; sondern es ist die elterliche Autorität häufig auch dadurch in Frage gestellt, daß die Kinder aufgrund ihrer besseren Anpassung an die deutsche Gesellschaft, ihrer besseren Sprachkenntnisse und besserer Schulbildung ihren Eltern überlegen sind<sup>1</sup>. Schließlich wird die Autorität der Eltern auch dadurch untergraben, daß die Kinder erfahren, daß ihre kulturspezifische Prägung durch die Eltern häufig nicht ausreicht, um eine entsprechende eigene nationale Identität zu entwickeln; vor allem dann, wenn sie das Herkunftsland ihrer Eltern besuchen, stellen sie häufig fest, daß die

Kenntnisse, die ihnen ihre Eltern vermittelt haben, nicht (mehr) zutreffen oder nicht genügen, um sich dort als vollwertige Gesellschaftsmitglieder zu etablieren und heimisch zu fühlen.

Die ausländischen Kinder und Jugendlichen sitzen daher zwischen allen Stühlen: Aufgewachsen in einer Umgebung, die ihnen vertrauter ist als ihre Heimat, sind sie darin Fremde; konfrontiert mit einer Sprache, die nicht ihre Muttersprache ist, sprechen sie diese häufig besser als jene und haben so keine wirklich zur Verfügung; ohne unmittelbaren Anschluß an die Kultur ihrer Eltern, können sie diese bloß reproduzieren und nicht weiterentwickeln; nicht heimisch in der deutschen Kultur, sind sie ihr ausgeliefert.

## *2. Die Gastarbeiter – eine starke, aber zersplitterte Minderheit*

Die kulturelle Situation der Ausländer in der Bundesrepublik ist wesentlich auch dadurch bestimmt, daß sie eine relativ starke Minderheit innerhalb der deutschen Gesellschaft stellen.

Auch mit Rücksicht auf die verschiedenen Nationalitäten der »Gastarbeiter« war ihre Zahl offenbar jeweils groß genug, um Gruppen bilden zu können, die sich zumindest einen Teil ihres sozialen Netzes und ihrer eigenen Kultur erhalten konnten. Dies war in dem Maße möglich, wie die Zahl der Ausländer wuchs und sich ihre Aufenthaltszeit in der Bundesrepublik verlängerte.

Die Tendenz zur Ghettobildung ist das deutlichste Indiz für diese Entwicklung. Das Ghetto ist dabei differenziert zu sehen: es ist Ergebnis eines Ausschlusses wie einer Abgrenzung, Ersatzheimat wie Ort der Desintegration.

Die relative Stärke der Minderheit »Gastarbeiter« erweist sich damit als ein qualitatives Problem – und als eine Chance:

Denn so, wie die ausländischen Arbeitnehmer nur aufgrund der Möglichkeit, Gruppen bilden zu können, dem Assimilationsdruck (im Sinne einer »Vollintegration« oder »Germanisierung«) widerstehen konnten, schafft die relativ dauerhafte Interaktion in Gruppen erst die Bedingung dafür, daß kulturspezifische Eigenheiten erhalten und gegenüber der einheimischen Kultur durchgesetzt werden können. Andererseits begünstigt die Gruppenbildung auch die Tendenzen zur Abkapselung von der einheimischen Bevölkerung und zur Separierung innerhalb der Minderheit »Gastarbeiter«. So sind die einzelnen Nationalitätengruppen und Gruppen innerhalb einzelner Nationalitäten wiederum so groß, daß sie ihrer kulturspezifischen Eigenheit oder politischen Einstellung entsprechende Bewußtseins- und Ausdrucksformen zu entwickeln vermochten. Dies geht in der Regel einher mit einer relativ starken Bindung an eine »heimatliche Basis« und verhindert häufig eine angemessene Einschätzung der eigenen Lage in der Bundesrepublik sowie eine wirksame ge-

meinsame Vertretung der eigenen Interessen gegenüber der deutschen Seite.

Die Interessengegensätze zwischen den einzelnen Gruppen sind dabei häufig so ausgeprägt, daß auch da, wo die deutsche Seite sie nicht gegeneinander ausspielt, die Einigung auf eine gemeinsame Position beispielsweise als »Gastarbeiter, die Forderungen an die deutsche Gesellschaft stellen«, zumindest auf absehbare Zeit unmöglich erscheint.

So kann innerhalb der Minderheit »Gastarbeiter« eine Rangfolge der Nationalitäten ausgemacht werden; sie ist bestimmt vom Prestige, das die Kultur der jeweiligen Nationalitäten in den Augen der Einheimischen und anderen Ausländergruppen hat. Dieses Prestige ist wiederum bestimmt vom Status der Herkunftsländer im internationalen Wirtschaftssystem. Dabei ist zu beobachten, daß diejenige Gruppe, die den niedrigsten Rang einnimmt, die der Türken, am stärksten zur Ghettobildung neigt, aber auch die kulturell aktivste ist. Andererseits ist zu beobachten, daß die Gruppe der Italiener, deren Kultur das höchste Ansehen genießt (und die unter den Deutschen die bekannteste ist), kaum zur Ghettobildung neigt, in kultureller Hinsicht wenig aktiv ist und generell sich stark von anderen »Gastarbeitergruppen« abzusetzen versucht.

Schließlich ist festzuhalten, daß – bedingt durch die relative große Zahl – sich in der Bundesrepublik kulturspezifische Gruppen bilden oder rekonstituieren, die im Herkunftsland ohne Relevanz oder unterdrückt sind. Ein Beispiel für ein solches Phänomen sind die Arbeiter aus der Türkei mit kurdischer Abstammung.

## *3. Sozialer Status und kulturelle Herkunft*

Die Ausländerbeschäftigung hat in der Bundesrepublik zu einer Unterschichtung der bestehenden Sozialstruktur geführt; d. h. die Gastarbeiter nehmen in allen gesellschaftlich relevanten Bereichen die unterste Position ein, Positionen, die dem allgemeinen Entwicklungsstand der bundesdeutschen Gesellschaft nicht mehr entsprechen.

Ursachen dieser Unterschichtung waren und sind: die Interessen der deutschen Gesellschaft, ihr Arbeitskräftepotential zu vergrößern bzw. unattraktive Arbeitsplätze mit Ausländern zu besetzen; Entwicklungsunterschiede, die die Ausländer nur niedrige Statuspositionen erwerben lassen; die negative Bewertung ihrer Herkunft durch die einheimische Bevölkerung.

Die kulturelle Situation der »Gastarbeiter« ist mithin auch dadurch bestimmt, daß der soziale Rang, den sie in der bundesdeutschen Gesellschaft einnehmen, allgemein negativ bewertet wird; sozialer Rang und Zugehörigkeit zu einem fremden Kulturkreis werden als Zusammenhang aufgefaßt und verstärken sich im Bewußtsein vieler Einheimischer gegenseitig zu negativen Merkmalen.

Auf die negative Bewertung ihrer kulturellen Herkunft und ihres Status reagieren die Ausländer häufig mit einer stillen Verachtung der deutschen Kultur, die sich auch als Überschätzung der eigenen Kultur äußern kann. Eine andere typische Reaktion ist die Abkapselung, d. h. der Rückzug auf eine Position am Rande der Gesellschaft, die ein Ausweichen vor der Konfrontation mit den negativen Urteilen ermöglichen soll.

#### 4. Unterschiedliche Begriffe von »Kultur« als Faktor der kulturellen Konfliktsituation – das Beispiel der Türken

Die kulturelle Integration der ausländischen, insbesondere aber der türkischen Arbeitsemigranten und ihrer Angehörigen in die deutsche Gesellschaft stellt deshalb ein so großes Problem dar, weil hier nicht nur Mitglieder verschiedener Kulturen, sondern unterschiedlich entwickelter Gesellschaften miteinander konfrontiert sind. Das heißt: Im Hinblick auf die kulturelle Integration der Türken in die bundesdeutsche Gesellschaft reicht es nicht aus, lediglich die Verschiedenheit der türkischen und deutschen Kultur wahrzunehmen, sondern es muß vor dem auch der unterschiedliche Stellenwert der Kultur innerhalb der beiden Gesellschaften bedacht werden.

Unter diesem Aspekt scheint der wesentliche Unterschied zwischen der türkischen und deutschen Gesellschaft darin zu bestehen, daß sich die türkische im Übergang von einem »traditionalen« in ein »kapitalistisches« Stadium befindet, während wir hier im »Spätkapitalismus« leben. Verkürzt und unter Zuhilfenahme einer Terminologie, die Jürgen Habermas entwickelt hat, bedeutet das bezogen auf den Begriff »Kultur«: Im Unterschied zur deutschen meint »Kultur« in der türkischen Gesellschaft noch einen »institutionellen Rahmen« für politische Herrschaft, also ein mehr oder weniger geschlossenes System von allgemein anerkannten Normen, Obligationen und Sanktionen, dessen legitimierende Wirksamkeit noch nicht vom kapitalistischen Denken zerstört ist. Am leichtesten, wenn sicher auch nicht ausreichend faßbar im religiösen System, dem Islam, ist »Kultur« hier also auch als Ausdruck einer bestimmten Form politischer Herrschaft zu verstehen – und von daher wird die Aktualität des Kemalismus verständlich: Als eine Art »Revolution von oben« war er der Versuch, »Kultur« von politischer Herrschaft zu trennen und damit die kapitalistische Modernisierung der Türkei zu ermöglichen<sup>2</sup>.

Lebt dieser alte Begriff von »Kultur« (»Kultur als Lebensform«) heute noch insbesondere in den ländlichen Gebieten der Mittel- und Osttürkei (aus denen allerdings die meisten »Gastarbeiter« stammen), so war und ist es kein Zufall, daß sich die aufstiegsorientierten Schichten der türkischen Gesellschaft, aber auch jene, die die traditionellen Formen politischer Herrschaft bekämpften, einer moderneren, unserer westlichen

Kultur zugewendet haben. Denn im Westen ist »Kultur« als »institutioneller Rahmen« für politische Herrschaft gebrochen, abgeschafft als allgemein anerkannter Mythos, Herrschaft legitimierende Religion oder fraglose Tradition. Nur noch Ausdruck subjektiver Einstellungen und privater Wertorientierungen, Kritik an der Überlieferung und am Herrschaftssystem, wird sie zur »pluralistischen Veranstaltungskultur«, die vom gesellschaftlichen Leben abgezogen werden kann, ohne daß sich etwas Entscheidendes änderte.

Unter dem Aspekt der kulturellen Integration von »den Ausländern« oder hier von »den Türken« zu sprechen ist daher wenig hilfreich. Es muß differenziert werden. Denn für die aufstiegsorientierten Schichten der türkischen Gesellschaft, und zu ihnen sind auch intellektuelle Kreise zu rechnen, existiert der oben umrissene Kulturkonflikt kaum. Hier ist vielmehr längst – häufig schon im Heimatland – ein freiwilliger Assimilationsprozeß vollzogen und stellt sich für uns häufig nur das unangenehme Gefühl, auch im Schlechten nachgeahmt zu werden, ein. Für diese Gruppen spielen weniger kulturelle Unterschiede als Rang- und Rollenkonflikte eine Rolle.

Im Hinblick auf jene Türken aber, die vom bäuerlichen Milieu geprägt sind, ist der Konflikt, in dem sie mit den Deutschen stehen, im Begriff des wechselseitig Fremden nicht zu fassen. Denn hier wird die unterschiedliche Wertigkeit der »Kultur« in den beiden Gesellschaften zum entscheidenden Faktor, gibt es grundsätzliche Verständigungsprobleme. Sie resultieren vor allem aus den jeweils unangemessenen Maßstäben, die wechselseitig angelegt werden: Diese Türken nehmen unsere Kultur wie die ihre, als mehr oder weniger verbindliches System wahr – und laufen damit bei uns ins Leere, machen sich lächerlich; wir nehmen ihre Kultur wie die unsrige, mehr als subjektive Äußerung, denn als intersubjektiv gültiges System – und provozieren so, womöglich ohne es zu wissen, werden aber auch still verachtet.

Der kulturelle Konflikt, in dem diese Ausländer stehen, ist umfassend: Ihre Fremdheit äußert sich nicht allein darin, daß sie andere Wertvorstellungen und Normen als die deutsche Bevölkerung haben, sondern vielmehr im Umstand, daß sie überhaupt ein geschlossenes kulturelles System besitzen und in der deutschen Gesellschaft etwas Vergleichbares nicht auffinden können.

So macht allein die Tatsache, daß diese Ausländer bestimmte, festgefügte Norm- und Wertvorstellungen aus ihren Herkunftsländern mitbringen, sie zu Außenseitern der deutschen Gesellschaft. Auch wird ihnen schon deswegen ein niedriger sozialer Status zugeschrieben, weil in unserer Gesellschaft das Festhalten an traditionellen kulturellen Werten mit geringer Bildung und geringer intellektueller Beweglichkeit gleichgesetzt wird. Dabei wird diese Einschätzung dadurch entscheidend beeinflusst, daß die Kultur der ausländischen Arbeiter in der Regel nicht

an der homologer einheimischer Schichten gemessen, sondern vom kulturellen Niveau der dominierenden einheimischen Mittelschichten aus beurteilt wird.

Kulturelle Integration im Sinne des staatlichen Krisenmanagements heißt daher meistens, den Versuch zu unternehmen, diesen Ausländern einen anderen, den pluralistischen Kulturbegriff zu oktroyieren. »Kultur« soll für sie nicht länger den Stellenwert eines intersubjektiv gültigen Systems haben, sondern lediglich als persönliche Einstellung oder landsmannschaftlich geprägte Besonderheit gelten, soll losgelöst werden vom sozio-ökonomischen Kontext, aus dem sie entstammt. Denn nur so, also als exotische (= losgelöste) Kultur, kann sie in den pluralistischen Kulturbetrieb integriert – und damit politisch entschärft werden.

Dabei findet diese Integrationspolitik eine Basis bei den aufstiegsorientierten deutschen Mittelschichten. Sie vor allem sind es, die an der kulturellen Integration gerade auch dieser Türken interessiert sind. Denn deren Festhalten an den bestimmten Wert- und Normvorstellungen empfinden sie als bedrohlich: Haben sie diese doch selbst vor nicht allzu langer Zeit aufgegeben – und keinen Ersatz dafür gefunden.

Von daher ist zu verstehen, daß sich große Teile der türkischen »Gastarbeiterschaft« ihrer kulturellen Integration nicht nur zu entziehen versuchen, sondern sich ihr geradezu widersetzen, indem sie sich an zuvor vielleicht schon brüchig gewordene Normvorstellungen klammern und sie reaktivieren. Sie haben einfach Angst, nach ihrer Arbeitskraft jetzt auch ihre persönliche Identität zu Markte tragen zu müssen. Denn als Mitglieder einer noch traditionellen Gesellschaft ist ihre persönliche Identität – ganz anders als bei uns – noch weitgehend durch das bestimmte kulturelle System geprägt (entsprechend dem »institutionellen Rahmen« bestimmte Persönlichkeits- und Sozialstrukturen) – wird also ein Verlust der kulturellen tendenziell als Verlust auch der persönlichen Identität empfunden.

Dazu kommt noch, daß viele Türken offenbar ihre kulturelle Identität weitgehend mit ihrer nationalen Identität gleichsetzen und daher in einem – gemessen an bundesdeutschen Verhältnissen – ungewohnten Maße nationalistisch eingestellt sind. Doch ist dieser übersteigerte türkische Nationalismus nicht nur die Reaktion auf die als bedrohlich empfundene Situation in der Bundesrepublik zu verstehen, sondern gleichfalls Ausdruck der kulturellen Konfliktsituation in der Türkei, in der nicht nur, wie oben angedeutet, unterschiedliche Kulturbegriffe und -formen nebeneinander existieren, sondern auch ethnisch verschiedene Kulturen.

Muß sich jedes Integrationskonzept gerade auch an jenen Gruppen messen, die nicht integriert werden wollen, und besteht Aussicht auf eine positive Entwicklung nur, wenn diese Gruppen durch die Integrationsbemühungen nicht weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt wer-

den, so scheint die offizielle Integrationspolitik, einschlägigen Memoranden zufolge, diese Gruppen schon beschrieben zu haben: auf eine Spaltung der »Gastarbeiter« in zweite und erste Generation, in junge und alte, in gute anpassungsbereite und verbohrt »integrationsunwillige« hinzuarbeiten, letzterer Diskriminierung und Kriminalisierung in Kauf nehmen zu wollen und mit der Möglichkeit, sie irgendwann dann abschieben zu können, zu spekulieren.

### *III Zur kulturellen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien*

Die kulturelle Integration ist abhängig von der strukturellen und sozialen Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in die deutsche Gesellschaft. Alle auf die kulturelle Integration der Ausländer abzielenden Maßnahmen können daher nur dann erfolgreich sein, wenn zuvor oder gleichzeitig ihre strukturelle und soziale Integration gefördert wird: Solange Gesetze und Verordnungen die Gastarbeiter in einem unsicheren rechtlichen Status belassen und auf unterste soziale Ränge in der deutschen Gesellschaft verweisen, kann eine umfassende kulturelle Integration nicht stattfinden oder erwartet werden. Vorrangig für die Lösung der kulturellen Konflikte der ausländischen Familien bleibt so ihre soziale und rechtliche Gleichstellung mit der deutschen Bevölkerung; d. h. es müssen nicht nur diskriminierende Gesetze und Verordnungen abgeschafft, sondern auch die positiven Rechte der Gastarbeiter erweitert werden.

Kulturelle Integration darf nicht bedeuten, daß ein Teil der »Gastarbeiterschaft«, die Verunsicherten, ins kulturelle und damit gesellschaftliche Abseits gedrängt wird, die anderen aber über ihre kulturelle Integration in die pluralistische Kultur der Bundesrepublik voneinander isoliert und damit endgültig politisch entmündigt werden. Das sind die unausgesprochenen Ziele der staatlichen Integrationspolitik, die weiß, daß in einer nicht gelungenen »kulturellen Integration« der Ausländer ein Stück Systemkritik steckt und ein mögliches Widerstandspotential.

Kulturelle Integration darf auch nicht bedeuten, daß Deutsche in ihrem Hunger nach neuen Reizen oder ihrer Sehnsucht nach Alternativen sich die passenden Bröckchen aus der fremden Kultur herausklauben und darauf »abfahren« (wie das jetzt mit der griechischen Kultur geschieht): auch so wird das zerstört, von dessen Erhaltung gerade jene besonders viel reden.

Soll kulturelle Integration positive Aspekte gewinnen, müßte sich zunächst einmal die Erkenntnis durchsetzen, daß sie nicht von oben verordnet oder gar erzwungen werden kann. Weiterhin wäre davon auszugehen, daß die Ergebnisse des Integrationsprozesses nicht vorweggenom-

men oder ausgedacht werden können: Als ein Prozeß wechselseitigen Austauschs gleichrangiger Partner muß es diesen überlassen bleiben, wie sie sich miteinander arrangieren. Schließlich wäre zu erkennen und anzuerkennen, daß es sich insbesondere bei der türkischen um eine in der Tat vollkommen andere und anders entwickelte Kultur, um eine andere Art zu leben, handelt, die eine differenzierte Auseinandersetzung erfordert. Kulturelle Integration braucht also viel Zeit.

Bestimmen und beeinflussen lassen sich allerdings die Umstände, in deren Rahmen sich der Integrationsprozeß vollzieht. Das wäre das eigentliche Feld einer Integrationspolitik, die sich zum Ziel setzt, die wesentliche Bedingung für Integration: Gleichrangigkeit der Partner herzustellen. Denn ist Gleichrangigkeit nicht gegeben, kann Integration nicht, sondern nur Assimilation stattfinden, hier also nur die Anpassung der ausländischen Minderheitskulturen an die deutsche Mehrheitskultur.

Insofern im Verhältnis von Gastarbeitern und Einheimischen Ungleichrangigkeit auch in kultureller Hinsicht gegeben ist, müssen Integrationsmaßnahmen zu allererst darauf abzielen, Gleichrangigkeit herzustellen.

Die Ungleichrangigkeit zwischen den ausländischen Kulturen und der deutschen Kultur resultiert nicht daraus, daß die ausländischen Kulturen weniger entwickelt oder umfassend als die deutsche Kultur wären. Sie ergibt sich vielmehr dadurch, daß

- ▷ bestimmte Wahrnehmungs-, Deutungs- und Verhaltensmuster dieser Kulturen in der hochindustrialisierten deutschen Gesellschaft nicht oder nur bedingt angewendet werden können, also z. B. zur Lösung spezifischer Handlungsprobleme nicht geeignet sind;
- ▷ diese Muster nicht verstanden werden oder zu ungewohnten Einschätzungen führen und
- ▷ von den aufwärts orientierten einheimischen Bevölkerungsschichten als überholt und aufstiegshemmend abgelehnt werden.
- ▷ Auch sind bestimmte Wert- und Normvorstellungen, die für ausländische Familien (noch) Gültigkeit besitzen, für deutsche Bevölkerungsgruppen insofern angstausslösend, als sie selbst diese ohne Ersatz aufgegeben haben.
- ▷ Schließlich wird der Eindruck der Ungleichrangigkeit auch durch die unterschiedlichen Bildungs- und Qualifikationsgrade bestimmt: die Ausländer werden mit Hochleistungen der deutschen Kultur konfrontiert, während sie selbst in der Regel nur das vorzeigen können, was sie am Leibe haben.

Kulturelle Integrationsmaßnahmen müssen daher zunächst versuchen,

- ▷ das Wissen der einheimischen Bevölkerung um die anderen Kulturkreise zu erhöhen, also

- ▷ die ausländischen Kulturen entsprechend ihrem tatsächlichen Rang darzustellen und sie um ihrer selbst willen zu fördern, um so
- ▷ den Ausländern eine Teilhabe an der Entwicklung im Herkunftsland zu ermöglichen, ihre weitere Isolation zu verhindern und sie in ihrem kulturellen Selbstbewußtsein zu stärken.

Gerade weil die kulturelle Integration der Gastarbeiter auch innen- und außenpolitische Fragen berührt, müssen entsprechende Maßnahmen möglichst in Organisationsformen entwickelt und realisiert werden, die eine Orientierung an der Sache erlauben.

Erst auf dieser Grundlage wäre ein wirklicher Austausch zwischen Ausländern und Deutschen möglich und könnte der kulturelle Integrationsprozeß in Gang kommen.

#### IV

Ich propagiere hier keine neue Nostalgie, sondern die Einsicht, daß eine Alternative zu den bestehenden Verhältnissen auch im Hinblick auf die Situation in den Herkunftsländern der »Gastarbeiter« nur von uns und von hier ausgehen kann: In dem wir hier neue Formen des Umgangs mit der Geschichte und Kultur, des Zusammenlebens auch mit Angehörigen anderer Kulturen entwickeln. Denn nach wie vor werden – ob wir es wollen oder nicht – hier in Mitteleuropa, und dabei insbesondere hier in der Bundesrepublik, die Maßstäbe gesetzt, an denen sich die weniger hochindustrialisierten Gesellschaften messen. Welche Lösungen wir hier finden und durchsetzen, ist daher gerade jetzt, da die Wachstumsideologie brüchig zu werden beginnt, von entscheidender Bedeutung – auch für die Entwicklung in diesen Ländern.

---

Gegenüber dem vorgetragenen Referat erweiterte Fassung.

- 1 Vgl. Hans Thoma-Venske: Die Bedeutung des Islam im Prozeß der Integration türkischer Arbeiterfamilien in die Gesellschaft der Bundesrepublik, Hamburg 1981, S. 120 ff.
- 2 Hakkı Keskin: Die Türkei. Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat – Werdegang einer Unterentwicklung, Berlin 1978, S. 226 ff.